

# Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



## Paraguay

**Gesamtaktualisierung am 14.08.2025**

Aktualität überprüft am XX.XX.XXXX

letzte Kurzinformation eingefügt am XX.XX.XXXX

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EASt, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Dieses Produkt ist als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entwickelt worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalzitaten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

### **Qualitäts- und Aktualisierungshinweis**

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Eine Aktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf auf Anfrage. Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

### ***Länderspezifische Anmerkungen***

keine

## Inhaltsverzeichnis

|                                                             |    |
|-------------------------------------------------------------|----|
| 1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....  | 5  |
| 2. Politische Lage.....                                     | 6  |
| 3. Sicherheitslage.....                                     | 7  |
| 4. Rechtsschutz / Justizwesen.....                          | 8  |
| 5. Sicherheitsbehörden.....                                 | 10 |
| 6. Folter und unmenschliche Behandlung.....                 | 10 |
| 7. Korruption.....                                          | 11 |
| 8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten.....                   | 12 |
| 9. Wehrdienst und Rekrutierungen.....                       | 13 |
| 10. Allgemeine Menschenrechtslage.....                      | 13 |
| 11. Meinungs- und Pressefreiheit.....                       | 14 |
| 12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition..... | 15 |
| 13. Haftbedingungen.....                                    | 16 |
| 14. Todesstrafe.....                                        | 17 |
| 15. Religionsfreiheit.....                                  | 17 |
| 15.1. Religiöse Gruppen.....                                | 18 |
| 16. Minderheiten.....                                       | 18 |
| 17. Relevante Bevölkerungsgruppen.....                      | 20 |
| 17.1. Frauen.....                                           | 20 |
| 17.2. Kinder.....                                           | 22 |
| 17.3. Sexuelle Minderheiten.....                            | 24 |
| 18. Bewegungsfreiheit.....                                  | 25 |
| 19. IDPs und Flüchtlinge.....                               | 26 |
| 20. Grundversorgung und Wirtschaft.....                     | 26 |
| 20.1. Sozialbeihilfen.....                                  | 28 |
| 21. Medizinische Versorgung.....                            | 29 |
| 22. Rückkehr.....                                           | 30 |

## **1.   Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen**

Keine aktuellen Kurzinformationen vorhanden.

## 2. Politische Lage

Paraguay ist seit 1811 unabhängig und eine konstitutionelle Republik mit Präsidential- und Mehrparteiensystem. Der Zentralstaat gliedert sich in 17 Departments, die finanziell und politisch weitgehend von der Zentralregierung abhängig sind (AA 14.4.2025).

Der Präsident wird direkt für maximal eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Die konservative Colorado-Partei ist seit 1947 an der Macht – zunächst durch Diktaturen, seit 1989 in einer Demokratie – mit nur einer kurzen Oppositionsphase zwischen 2008 und 2013. Santiago Peña von der Colorado-Partei gewann die Präsidentschaftswahlen im April 2023 mit 43 Prozent der Stimmen (FH 2024).

Der Kongress besteht aus einer 80-köpfigen Abgeordnetenkommer und einem 45-köpfigen Senat, deren Mitglieder alle für fünf Jahre gewählt werden (FH 2024).

Im April 2023 fanden allgemeine Wahlen statt, um einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, Gouverneure der Departamentos und Mitglieder beider Kammern des Kongresses zu wählen (USDOS 23.4.2024). Die Colorado-Partei errang in beiden Kammern die Mehrheit. Die Wahl fand erstmals nach einem Präferenzwahlssystem statt, bei dem die Wähler innerhalb der Parteilisten einen Kandidaten auswählen konnten, wobei jedoch Kandidaten mit größeren Wahlkampfmitteln begünstigt wurden (FH 2024).

Mehrere Abgeordnete und Senatoren der Opposition wechselten innerhalb weniger Monate nach der Wahl die Seiten und stimmten fortan konsequent mit den Colorados, was Fragen aufwarf, ob sie wirklich auf der Seite der Opposition gestanden hatten (FH 2024).

Internationale Beobachter bezeichneten die Wahl als weitgehend transparent, stellten jedoch Stimmenkauf, irreguläre Wahlhilfe und den weit verbreiteten Transport von Wählern durch die Parteien fest (FH 2024).

Obwohl die Wahlen in Paraguay im Allgemeinen glaubwürdig und gut organisiert sind, wird die Politik seit jeher von der konservativen Colorado-Partei dominiert (FH 2025).

Im Februar 2024 führten Verbündete des ehemaligen Präsidenten Horacio Cartes im Senat eine erfolgreiche Abstimmung durch, um Senatorin Kattya González von der oppositionellen Partei Encuentro Nacional (Nationales Treffen) wegen angeblichen Verwaltungsfehlverhaltens auszuschließen. Menschenrechtsgruppen erklärten, dass die Abstimmung gegen González gegen den Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens verstößt, und die Entwicklung löste Proteste in der Hauptstadt aus. González, die für ihre Kritik an der Korruption in der Regierung bekannt ist und eine der wenigen prominenten Oppositionspolitikerinnen des Landes ist, sagte, die Abstimmung ist ein Versuch, sie zum Schweigen zu bringen (FH 2025).

Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt [Deutschland] (14.4.2025): Paraguay: Politisches Porträt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/paraguay-node/paraguay-politisches-portraet-225074>, Zugriff 13.8.2025
- FH – Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

### 3. Sicherheitslage

Der alarmierende Anstieg der organisierten Kriminalität wurde zu einem dringenden Problem, das zu einer Aufstockung der Streitkräfte für die innere Sicherheit in vier Departements (Verwaltungsbezirken) führte (AI 29.4.2025).

Die Kriminalitätsrate und Gewaltbereitschaft sind hoch (AA 13.8.2025; vgl. FH 2025), besonders in den Städten (EDA 13.8.2025).

Es kann zudem vereinzelt zu Protesten und Demonstrationen kommen, die auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Verkehrsbehinderungen wie Straßenblockaden führen können (AA 13.8.2025; vgl. EDA 13.8.2025).

Die Paraguayanische Volksarmee (EPP), eine kleine kriminelle Gruppe in den nördlichen und zentralen Departamentos, und ihre Splittergruppen sollen weiterhin drei Gefangene festhalten: den seit 2014 vermissten Polizeibeamten Edelio Morínigo, den seit 2016 vermissten Landwirt Félix Urbieto und den seit 2020 vermissten ehemaligen Vizepräsidenten Óscar Denis (USDOS 12.8.2025).

Gewalt durch organisierte kriminelle Gruppen breitet sich aus. In den letzten Jahren wurden mehrere Beamte und Journalisten ermordet. Auftragsmorde breiten sich von der Grenze bis in die Hauptstadt aus (FH 2024).

Seit 2008 verübt die EPP gewalttätige Übergriffe, um die Bevölkerung und lokale Regierungen in den nördlichen Departamentos Amambay, Concepción und San Pedro zu erpressen und einzuschüchtern (USDOS 12.12.2024; vgl. EDA 13.8.2025, AA 13.8.2025). Die paraguayischen Behörden betrachten die EPP und deren Ableger – die Ejército del Mariscal López (EML) und die Agrupación Campesina Armada (ACA) – offiziell als organisierte kriminelle Gruppen und nicht als terroristische Organisationen (USDOS 12.12.2024).

Im Grenzgebiet zwischen Paraguay und Brasilien kann es vermehrt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Drogenkartellen kommen (AA 13.8.2025; vgl. EDA 13.8.2025).

#### Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt [Deutschland] (13.8.2025): Paraguay: Reise- und Sicherheitshinweise, Sicherheit, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/paraguay-node/paraguaysicherheit-224964>, Zugriff 13.8.2025

- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 11.8.2025
- EDA – Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (13.8.2025): Reisehinweise für Paraguay, Grundsätzliche Einschätzung, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/paraguay/reisehinweise-fuerparaguay.html>, Zugriff 13.8.2025
- FH – Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.12.2024): Country Report on Terrorism 2023 - Chapter 1 – Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2118989.html>, Zugriff 7.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

#### 4. Rechtsschutz / Justizwesen

Die Verfassung sah eine unabhängige Justiz vor, doch die Gerichte arbeiteten ineffizient und waren Korruption und Einflüssen von außen ausgesetzt (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024).

Der Richterrat war für die Auswahl der Kandidaten für die Ämter des Generalstaatsanwalts, der Richter, Staatsanwälte und Pflichtverteidiger im gesamten Justizsystem zuständig. Dieser Prozess trug in Verbindung mit ähnlich politisierten Ernennungen und einer parallelen Eignungsprüfung dazu bei, dass die Justiz beeinflusst wurde und es ihr an Unabhängigkeit mangelte (USDOS 23.4.2024).

Nichtregierungsorganisationen und Regierungsbeamte behaupteten, einige Richter und Staatsanwälte hätten Bestechungsgelder gefordert oder angenommen, um Anklagen gegen Angeklagte fallen zu lassen oder zu ändern. Interessierte Parteien, darunter Politiker, versuchten regelmäßig, Einfluss auf Ermittlungen zu nehmen und Richter und Staatsanwälte unter Druck zu setzen (USDOS 23.4.2024).

Die Auswahl von Richtern und die Verfahren der Disziplinaraufsicht waren häufig politisiert (USDOS 23.4.2024).

Die verfassungsmäßigen Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren werden nur unzureichend eingehalten (FH 2025; vgl. USDOS 23.4.2024). Eine unzureichende Anzahl von Richtern und Justizbeamten, die Bestechungsgelder forderten, um Verfahren voranzutreiben, führte häufig zu Verzögerungen bei Gerichtsverfahren (USDOS 12.8.2025).

Strafverteidiger manipulierten regelmäßig gemeinsam mit komplizenhaften Richtern und Staatsanwälten das Gerichtsverfahren, um vor Abschluss des Verfahrens die Verjährungsfrist zu erreichen. Die Taktik der Verteidigung, Richter und Staatsanwälte zu entfernen oder zu suspendieren, verschärfte die langwierigen Verfahren (USDOS 23.4.2024).



Strafrechtlich Verfolgte hatten das Recht, unverzüglich über die gegen sie erhobenen Anklagen informiert zu werden, doch einige Angeklagte erhielten diese Mitteilung erst bei ihrer Festnahme oder der Beschlagnahme ihres Eigentums (USDOS 23.4.2024).

Angeklagte hatten das Recht auf ein Verfahren ohne unangemessene Verzögerungen, doch die Verfahren zogen sich oft in die Länge (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz verbot willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen und sah das Recht jeder Person vor, die Rechtmäßigkeit ihrer Festnahme oder Inhaftierung vor Gericht anzufechten, doch die Regierung hielt diese Vorschriften nicht immer ein (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz sah vor, dass die Polizei Personen mit einem Haftbefehl oder bei Vorliegen eines hinreichenden Verdachts festnehmen konnte. Nach der Festnahme war die Polizei verpflichtet, innerhalb von sechs Stunden die Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen, die dann innerhalb von 24 Stunden Anklage erheben und einen Richter über ihre Absicht, die Strafverfolgung einzuleiten, informieren musste. Die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz ermächtigte Richter, in Fällen von schweren Straftaten Maßnahmen wie Hausarrest und Kautions zu verhängen. Nach Angaben von Vertretern der Zivilgesellschaft und Rechtsexperten setzten Richter in Fällen von Vergehen häufig eine zu hohe Kautions fest, die viele arme Angeklagte nicht aufbringen konnten, während politisch vernetzte oder wohlhabende Angeklagte nur eine minimale Kautions oder gar keine Kautions zahlen mussten oder andere Vergünstigungen erhielten, darunter Hausarrest (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz gewährte den Angeklagten das Recht, einen Rechtsbeistand zu beauftragen, und die Regierung stellte denjenigen, die sich keinen Rechtsbeistand leisten konnten, Pflichtverteidiger zur Verfügung (USDOS 23.4.2024).

Die Inhaftierten hatten Zugang zu ihren Familienangehörigen (USDOS 23.4.2024).

Lange Untersuchungshaft aufgrund von Rückständen bei der Justiz und Korruption stellten ein Problem dar (USDOS 12.8.2025).

Das Gesetz erlaubte eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren für einen Zeitraum, der der Mindeststrafe für die mutmaßliche Straftat entsprach, wobei dieser Zeitraum zwischen sechs Monaten und fünf Jahren liegen konnte. Einige Häftlinge wurden über die zulässige Höchstdauer hinaus in Untersuchungshaft gehalten (USDOS 12.8.2025).

#### Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 5. Sicherheitsbehörden

Die Streitkräfte Paraguays (Fuerzas Armadas de Paraguay; auch bekannt als Streitkräfte der Nation oder Fuerzas Armadas de la Nación) bestehen aus: Paraguayer Armee (Ejército Paraguayo), Paraguayer Marine (Armada Paraguaya; einschließlich Marineinfanterie), Paraguayer Luftwaffe (Fuerza Aérea Paraguaya) (CIA 6.8.2025).

Dem Innenministerium untersteht die Nationale Polizei von Paraguay (Policía Nacional del Paraguay, PNP) (CIA 6.8.2025).

Das paraguayische Militär ist für die Außenverteidigung zuständig und übernimmt Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit. Es leistet Hilfe bei Naturkatastrophen und arbeitet mit der Nationalpolizei und anderen Organisationen der inneren Sicherheit bei der Bekämpfung der Paraguayanischen Volksarmee (Ejército del Pueblo Paraguayo, EPP) und transnationalen kriminellen Organisationen, vor allem Drogenhändler, zusammen (CIA 6.8.2025).

In den Medien wurde gelegentlich über Vorwürfe berichtet, dass Polizei und andere Sicherheitskräfte bei Sicherheitsoperationen unangemessene tödliche Gewalt angewendet haben (USDOS 12.8.2025).

Straflosigkeit war ein Problem innerhalb der Sicherheitskräfte (USDOS 12.8.2025).

### Quellen:

- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (6.8.2025): The World Factbook, Paraguay, Military and Security, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/paraguay/#military-and-security>, Zugriff 11.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 6. Folter und unmenschliche Behandlung

Das Gesetz verbot solche Praktiken, aber es gab glaubwürdige Berichte, dass Regierungsbehörden sie anwendeten (USDOS 12.8.2025).

Im Gegensatz zu anderen Straftaten gab es für Folter keine Verjährungsfrist und keinen festgelegten Zeitraum, innerhalb dessen Anklage erhoben, Ermittlungen durchgeführt oder ein Gerichtsverfahren abgeschlossen werden mussten (USDOS 12.8.2025).

Die Sonderabteilung für Menschenrechte und der halb unabhängige Nationale Mechanismus zur Verhütung von Folter (NMPT) setzten ihre Ermittlungen zu mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte fort. Die gerichtliche Bearbeitung von Anklagen, Ermittlungen und Strafverfolgungen dauerte oft Jahre (USDOS 12.8.2025).

### Quellen:

- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025

## 7. Korruption

Korruption ist nach wie vor weit verbreitet (FH 2025).

Das Gesetz sah strafrechtliche Sanktionen im Falle der Verurteilung von Beamten wegen Korruption vor, aber die Regierung setzte das Gesetz im Allgemeinen nicht wirksam um (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024).

Es gab zahlreiche Berichte über Korruption in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Regierung. Investigative Journalisten und Nichtregierungsorganisationen berichteten über Hunderte von Fällen von Unterschlagung, Steuerhinterziehung, illegaler Bereicherung, Vertrauensbruch, Urkundenfälschung und krimineller Vereinigung (USDOS 23.4.2024).

Straflosigkeit war unter ehemaligen und amtierenden hochrangigen Regierungsbeamten, denen strafbare Handlungen vorgeworfen wurden, weit verbreitet (USDOS 23.4.2024).

Korruptionsermittlungen und Anklagen durch die Staatsanwaltschaft verliefen in der Regel langsam und dauerten mehrere Jahre, bis ein Urteil gefällt wurde, sofern der Fall nicht abgewiesen wurde. Unter Ausnutzung eines Gesetzes, das eine Dauer von Gerichtsverfahren von mehr als vier Jahren untersagte, entzogen sich Politiker und einflussreiche Personen, die in Vorinstanzen verurteilt worden waren, regelmäßig der Bestrafung, indem sie bis zum Ablauf der Verjährungsfrist Berufung einlegten und Anträge stellten oder erfolgreich die Abberufung oder Suspendierung der mit ihren Fällen befassten Richter und Staatsanwälte beantragten (USDOS 23.4.2024).

Zwar kam es gelegentlich zu Anklagen und Verurteilungen im Falle korrupter niedriger und mittlerer Beamter, doch genossen die meisten hochrangigen Beamten ein hohes Maß an Straffreiheit (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024) oder kommen in der Regel in den Genuss von Kautions- und Hausarrest (FH 2024).

Darüber hinaus waren Politisierung und Korruption in der gesamten Justiz, insbesondere in den unteren Instanzen und regionalen Behörden, weit verbreitet, was die Wirksamkeit der Justiz beeinträchtigte und das Vertrauen der Öffentlichkeit untergrub (USDOS 23.4.2024).

Berichte des Nachrichtenportals ABC Color vom Dezember 2023 enthüllten, dass viele Abgeordnete und Beamte Kinder, Ehepartner und Verwandte als Berater beschäftigen. Mehrere der Befragten konnten weder ihre Rolle noch ihre Tätigkeiten beschreiben, mit denen sie ihre lukrativen Gehälter verdienten (FH 2024).

Der Corruption Perceptions Index 2024 von Transparency International listet Paraguay auf Rang 149 von 180 Staaten auf (TI ohne Datum).

### Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025

- TI – Transparency International (ohne Datum): Corruption Perceptions Index 2024, Paraguay, <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>, Zugriff 7.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten

Paraguay hat eine starke Kultur weitgehend freier Nichtregierungsorganisationen (NGOs), jedoch ist die politische Rhetorik gegenüber NGOs, die sich für Menschenrechte einsetzen – insbesondere für LGBT+-Themen –, in den letzten Jahren schärfer geworden (FH 2024).

Eine Reihe von nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen konnte im Allgemeinen ohne Einschränkungen durch die Regierung ihre Arbeit zur Überwachung und Untersuchung der Menschenrechtsslage und einzelner Fälle ausüben und ihre Ergebnisse veröffentlichen. Regierungsbeamte zeigten sich im Allgemeinen kooperativ, reagierten jedoch nur selten auf Berichte oder Empfehlungen von Nichtregierungsorganisationen (USDOS 23.4.2024).

Menschenrechtsorganisationen meldeten eine Zunahme von Angriffen und Einschüchterungen durch konservative politische Aktivisten, die Menschenrechtsverteidiger beschuldigten, die Bevölkerung zu polarisieren und zu ideologisieren, Gewalt gegen die Regierung zu schüren und „traditionelle Familienwerte“ durch „linke“ und „globalisierte“ Rhetorik zu zerstören (USDOS 23.4.2024).

Im November trat ein neues Gesetz in Kraft, das der Regierung die Befugnis erteilt, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu schließen, die sich nicht an neue Meldevorschriften halten. Die Maßnahme verpflichtete die Gruppen, regelmäßig die Herkunft und Verwendung ihrer Finanzmittel zu dokumentieren und diese Informationen an ein staatliches Register zu übermitteln (FH 2025).

Die Ombudsperson arbeitete im Allgemeinen unabhängig und konzentrierte sich auf die Förderung der Menschenrechte, die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch Amtsträger, die Entgegennahme von Beschwerden der Bürger und den Schutz der Interessen der Gemeinschaft. Die Ombudsperson war jedoch nicht sehr wirksam. Die Empfehlungen des NMPT (Nationaler Mechanismus zur Verhütung von Folter) wurden nicht immer umgesetzt (USDOS 23.4.2024).

Das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten unterhielt eine spezielle Menschenrechtsabteilung, die im Auftrag der Regierung Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen untersuchte. Mehrere andere Ministerien verfügten über Menschenrechtsbüros, die die Einhaltung der Menschenrechtsgesetze überwachten. Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft gab es jedoch keine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Regierung, die Menschenrechtsfragen koordinierte (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 9. Wehrdienst und Rekrutierungen

Das Alter für die Wehrpflicht beträgt für Männer 18 Jahre, und ebenso für den freiwilligen Wehrdienst für Männer und Frauen. Die Wehrpflicht beträgt 12 Monate für die Armee und 24 Monate für die Marine; Wehrpflichtige dienen auch in der Nationalpolizei (2024) (CIA 6.8.2025).

Die Verfassung und die Gesetze sehen eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen aufgrund religiöser Überzeugungen vor (USDOS 26.6.2024).

### Quellen:

- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (6.8.2025): The World Factbook, Paraguay, Military and Security, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/paraguay/#military-and-security>, Zugriff 11.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111939.html>, Zugriff 7.8.2025

## 10. Allgemeine Menschenrechtslage

Die Menschenrechtslage in Paraguay hat sich im Laufe des Jahres nicht wesentlich verbessert, insbesondere hinsichtlich der Meinungsfreiheit. Zu den bedeutenden Menschenrechtsproblemen gehörten glaubwürdige Berichte über: Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung; willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen; sowie erhebliche Einschränkungen der Meinungs- und Medienfreiheit, einschließlich der Anwendung oder Androhung strafrechtlicher oder zivilrechtlicher Maßnahmen zur Einschränkung der Meinungsäußerung (USDOS 12.8.2025).

Die Regierung unternahm glaubwürdige Schritte, um niedrig- und mittelrangige Beamte, die Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter, begangen hatten, zu identifizieren und zu bestrafen, doch wurde weithin behauptet, dass hochrangige Politiker, Polizisten und Sicherheitsbeamte straffrei blieben (USDOS 12.8.2025).

Es gab keine offiziellen Berichte darüber, dass die Regierung oder ihre Vertreter im Laufe des Jahres willkürliche oder rechtswidrige Tötungen begangen hätten (USDOS 12.8.2025).

Es gab keine Berichte über Verschleppungen durch oder im Auftrag von Regierungsbehörden (USDOS 12.8.2025).

Die Verfassung und das Gesetz verbieten willkürliche oder unrechtmäßige Eingriffe in die Privatsphäre, die Familie, die Wohnung oder die Korrespondenz und die Regierung hält diese Verbote im Allgemeinen ein (USDOS 23.4.2024).

Es gab keine Berichte über politische Gefangene oder Häftlinge (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung Paraguays erfüllt die Mindeststandards für die Bekämpfung des Menschenhandels nicht vollständig, unternimmt jedoch erhebliche Anstrengungen, um dies zu erreichen. In mehreren wichtigen Bereichen hat die Regierung jedoch die Mindeststandards nicht erfüllt. Es gab keine Unterbringungsmöglichkeiten für männliche Opfer, und die Regierung stellte nur einem Teil der weiblichen Opfer von Menschenhandel Unterkünfte zur Verfügung (USDOS 24.6.2024).

#### Quellen:

- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (24.6.2024): 2024 Trafficking in Persons Report: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111742.html>, Zugriff 7.8.2025

### **11. Meinungs- und Pressefreiheit**

Die Verfassung und die Gesetze garantierten die Meinungsfreiheit (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024), auch für Angehörige der Presse und anderer Medien, und die Regierung achtete dieses Recht im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024). Dennoch gab es mehrere Fälle, in denen politische Akteure Drohungen und Einschüchterungen einsetzten, um die Meinungs- und Pressefreiheit einzuschränken und Gegner zum Schweigen zu bringen (USDOS 12.8.2025).

Die größten Medienunternehmen Paraguays befinden sich im Besitz von drei mächtigen Konzernen, deren Interessen die Berichterstattung beeinflussen (FH 2024).

Eine unabhängige Presse und ein funktionierendes demokratisches politisches System förderten gemeinsam die Meinungsfreiheit, auch für Medienangehörige, obwohl die weit verbreitete Korruption in der Justiz den Schutz vor Gericht beeinträchtigte (USDOS 23.4.2024). Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass kriminelle Gruppen versuchten, die Meinungsfreiheit, auch die von Pressevertretern, durch Gewaltandrohungen und Schikanen einzuschränken, insbesondere in Gebieten entlang der Grenze zu Brasilien (USDOS 12.8.2025).

Journalisten sind aufgrund ihrer Arbeit rechtlichem und anderem Druck und manchmal auch Gewalt ausgesetzt, sodass viele Selbstzensur betreiben (FH 2025). Einzelne Behörden nutzten manchmal Gesetze gegen Verleumdung, üble Nachrede und Diffamierung, um die öffentliche Diskussion einzuschränken oder gegen Journalisten, Medienunternehmen oder Medieninhaber vorzugehen (USDOS 12.8.2025; vgl. FH 2024).



Die Regierung hat den Zugang zum Internet nicht eingeschränkt oder gestört und Online-Inhalte nicht zensiert (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz gab den Bürgern die Möglichkeit, ihre Regierung in freien und fairen regelmäßigen Wahlen zu wählen, die geheim und auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durchgeführt wurden (USDOS 23.4.2024). Die Wähler sind im Allgemeinen frei von direkter Einmischung oder offener Einschüchterung. Allerdings nutzt die regierende Colorado-Partei ihr umfangreiches Netzwerk von Günstlingswirtschaft, Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und Geschenke in Form von Bargeld und Lebensmitteln, um die Wahlen zu beeinflussen (FH 2024).

In der Rangliste der Pressefreiheit 2025 liegt Paraguay auf Platz 84 von 180 gelisteten Staaten, was eine Verbesserung um 31 Plätze gegenüber 2024 darstellt (RSF 2025).

#### Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- RSF – Reporter ohne Grenzen (2025): Rangliste der Pressefreiheit 2025 – Paraguay, [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2025/RSF\\_Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2025.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2025/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2025.pdf), Zugriff 11.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## **12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition**

Das Gesetz sah Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vor, und die Regierung respektierte diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024). Proteste werden jedoch manchmal unterdrückt (FH 2024).

Das Gesetz sah das Recht der Arbeitnehmer (mit Ausnahme der Streitkräfte und der Polizei) vor, unabhängige Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten (USDOS 12.8.2025; vgl. FH 2024), Tarifverhandlungen zu führen und rechtmäßige Streiks durchzuführen (USDOS 12.8.2025). Die Regierung setzte Gesetze zur Vereinigungsfreiheit, zum Recht auf Tarifverhandlungen und zum Streikrecht im Allgemeinen nicht wirksam durch (USDOS 12.8.2025).

Die Colorado-Partei dominiert die nationale Politik zusammen mit der oppositionellen Authentischen Radikalen Liberalen Partei (PLRA), wobei beide Parteien interne Uneinigkeiten haben (FH 2024).

Die PLRA, die traditionelle Oppositionspartei, ist seit Längerem kooptiert und in einen pro-Cartes-Flügel und einen unabhängigeren Block gespalten (FH 2024).

Kleinere Parteien verloren bei den Wahlen 2023 erheblich an Boden. Die linke Frente Guasú verlor fünf ihrer sechs Sitze im Senat, und die rechte Patria Querida (PPQ) verlor zwei ihrer drei Senatoren. Die von Cubas angeführte Movimiento Cruzada Nacional (MCN) entwickelte sich zur dritten politischen Kraft des Landes, doch die Hälfte ihrer Abgeordneten stimmt seitdem konsequent mit der Colorado-Partei (FH 2024).

#### Quellen:

- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

### **13. Haftbedingungen**

Die Haftbedingungen in Gefängnissen und Haftanstalten waren aufgrund von Gewalt unter den Insassen, Misshandlungen, Überbelegung, schlecht ausgebildetem Personal, mangelhafter Infrastruktur und unhygienischen Lebensbedingungen hart und teilweise lebensbedrohlich (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024).

Laut NMPT (Nationaler Mechanismus zur Verhütung von Folter) waren die Gefängnisse überfüllt, wobei Insassen in einigen Einrichtungen gezwungen waren, sich Etagenbetten zu teilen, auf dem Boden zu schlafen und in Schichten zu schlafen. Nach Angaben des Justizministeriums war die Strafanstalt Emboscada in der Nähe von Asunción am 6. November zu 330 Prozent ihrer vorgesehenen Belegungskapazität ausgelastet, während die durchschnittliche Auslastung landesweit bei 155 Prozent lag (USDOS 23.4.2024).

Es gab Berichte, wonach Insassen für grundlegende Dienstleistungen wie medizinische Behandlung Bestechungsgelder zahlen mussten (USDOS 23.4.2024).

Behörden berichteten von der Rekrutierung von Häftlingen innerhalb der Gefängnisse durch Mitglieder brasilianischer Banden, darunter Primeiro Comando da Capital und Comando Vermelho, sowie durch inländische kriminelle Organisationen, darunter die in Gefängnissen ansässige Drogenhandelsbande Rotela Clan (USDOS 23.4.2024).

Am 7. September 2023 besuchte eine Regierungsdelegation unter der Leitung von Justizminister Angel Barchini und Generalstaatsanwalt Emiliano Rolon das Tacumbu-Gefängnis in Asunción;



jedoch verhinderten Drohungen von Insassen, die Mitglieder des Rotela-Clans waren, den Zugang der Delegation zu den Gefängnisinsassenbereichen (USDOS 23.4.2024).

Am 10. Oktober 2023 kam es im Tacumbu-Gefängnis zu Ausschreitungen von Häftlingen – überwiegend Mitglieder des Rotela-Clans –, nachdem der Justizminister seine Absicht bekundet hatte, „die Macht in den Strafvollzugsanstalten zurückzugewinnen“, und den Rotela-Clan für den Mord an einem Häftling verantwortlich gemacht hatte. Die Bandenmitglieder forderten die Entlassung des Ministers. Sie legten Feuer im Gefängnis und nahmen 22 Gefängnisangestellte als Geiseln. Ein Häftling wurde getötet und zwei Gefängnisangestellte verletzt. Der Präsident beendete die 15-stündige Pattsituation, indem er den Häftlingen einige Zugeständnisse machte, den Justizminister jedoch nicht abberief (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung gewährte Medien, internationalen Überwachungsgremien, unabhängigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und diplomatischen Vertretern Zugang zu Gefängnissen. Manchmal verwehrten Beamte investigativen Journalisten den Zugang (USDOS 23.4.2024).

#### Quellen:

- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

### **14. Todesstrafe**

Paraguay gehört zu jenen Ländern, die die Todesstrafe 1992 vollständig abgeschafft haben (Frankreich Diplomatie 3.2025; vgl. laenderdaten.info index 8.2025).

#### Quellen:

- Frankreich Diplomatie [Frankreich] (3.2025): Abschaffung der Todesstrafe, <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/menschenrechte-62159/abschaffung-der-todesstrafe/>, Zugriff 7.8.2025
- laenderdaten.info (8.2025): Amerika, Paraguay, Index, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/index.php>, Zugriff 12.8.2025

### **15. Religionsfreiheit**

Die Verfassung gewährt jedem Einzelnen das Recht, seine Religion frei zu wählen (USDOS 26.6.2024; vgl. FH 2024), zu wechseln und auszuüben, und verbietet religiöse Diskriminierung. Sie erkennt ausdrücklich das Recht indigener Gemeinschaften auf freie Ausübung ihrer Religion an. Die Verfassung legt fest, dass die Beziehung zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche auf „Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und Autonomie“ beruht (USDOS 26.6.2024).

Die Verfassung verbietet aktiven Mitgliedern des Klerus (welcher religiösen Gruppe sie auch angehören), sich für ein öffentliches Amt zu bewerben (USDOS 26.6.2024).

Das Gesetz verbietet Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Die Verfassung gewährt Privatschulen das Recht, Religionsunterricht anzubieten (USDOS 26.6.2024).

Die jüdische Gemeinde zählte weniger als 1.000 Mitglieder. Es gab keine Berichte über antisemitische Vorfälle (USDOS 12.8.2025).

#### Quellen:

- FH - Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111939.html>, Zugriff 7.8.2025

### **15.1. Religiöse Gruppen**

Der Vizeminister für Kultusangelegenheiten schätzt, dass 88 Prozent der Bevölkerung römisch-katholisch und 6 Prozent evangelisch-protestantisch sind, während die Vereinigung evangelischer Geistlicher Paraguays schätzt, dass 9,6 Prozent der Bevölkerung evangelisch-protestantisch sind. Zu den Gruppen, die zusammen den Rest der Bevölkerung ausmachen, gehören Anhänger der ICCAN (Catholic Christian Apostolic National Church of Paraguay), der Kirche Jesu Christi, Muslime, Personen jüdischen Glaubens, Buddhisten, Mennoniten, die Familienföderation für Weltfrieden und Vereinigung (Vereinigungskirche), Bahá'í, Anhänger indigener Glaubensrichtungen sowie Atheisten und Nichtgläubige (USDOS 26.6.2024).

Die ICCAN schätzt ihre Mitgliederzahl auf über 100.000. Die Kirche Jesu Christi schätzt ihre Mitgliederzahl auf 70.000. Die Mitglieder der Mennonitischen Kirche, deren Zahl von Kirchenführern auf 46.000 geschätzt wird, sind vor allem in den abgelegenen Gebieten des zentralen Chaco und einigen östlichen Regionen des Landes vertreten. Die Zeugen Jehovas schätzen die Mitgliederzahl ihrer Gruppe auf 11.000. Muslimische Führer schätzen, dass es etwa 10.000 Muslime gibt, die meisten davon in Ciudad del Este. Vertreter der jüdischen Gemeinde schätzen, dass es etwa 1.000 Juden gibt, die hauptsächlich in Asunción leben (USDOS 26.6.2024).

#### Quellen:

- USDOS – US Department of State [USA] (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111939.html>, Zugriff 7.8.2025

### **16. Minderheiten**

Das Gesetz sah den Schutz von Angehörigen ethnischer Minderheiten oder Gruppen vor Gewalt und Diskriminierung vor; die Regierung setzte das Gesetz jedoch nicht wirksam durch (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz gewährte indigenen Personen das Recht auf Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben des Landes, aber das Gesetz wurde nicht wirksam durchgesetzt.

Diskriminierung in Verbindung mit mangelndem Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Unterkunft, Wasser und Land hinderte die indigene Bevölkerung daran, wirtschaftlich voranzukommen und gleichzeitig ihre kulturelle Identität zu bewahren (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024).

Die Armutsraten sind in indigenen Gemeinden deutlich höher als in der übrigen Bevölkerung (BS 2024).

Obwohl sich 2023 19 Indigene für staatliche und nationale Ämter beworben haben, wurde keiner von ihnen gewählt (FH 2024).

Das Gesetz ermächtigte indigene Personen, über die Nutzung von Gemeindeland zu entscheiden. Der polizeiliche und gerichtliche Schutz vor Übergriffen auf indigene Gebiete war unzureichend. Dies führte häufig zu Konflikten und gelegentlich zu Gewalt zwischen indigenen Gemeinschaften und Großgrundbesitzern in ländlichen Gebieten (USDOS 23.4.2024).

Indigene Arbeiter, die als Landarbeiter auf Ranches beschäftigt waren, verdienten in der Regel niedrige Löhne, hatten lange Arbeitszeiten, wurden selten bezahlt und hatten keinen Anspruch auf medizinische Versorgung und Altersversorgung (USDOS 23.4.2024).

Das Nationale Institut für indigene Angelegenheiten (INDI), das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten, das Justizministerium, das Arbeitsministerium und die Ombudsstelle waren für den Schutz und die Förderung der Rechte indigener Völker zuständig. Das Gesetz beauftragte das INDI, im Namen indigener Gemeinschaften, die keinen Zugang zu ihrem angestammten Land hatten, Verhandlungen zu führen, Land zu erwerben und zu registrieren. Landrechtsaktivisten berichteten, dass das INDI aufgrund mangelnder staatlicher Unterstützung nicht in der Lage war, seinen Auftrag zu erfüllen. Die Ombudsstelle versäumte es häufig, die Rechte indigener Gemeinschaften zu schützen (USDOS 23.4.2024).

Indigene Mädchen, die auf der Straße lebten, waren häufig Opfer sexuellen Missbrauchs. Die Nichtregierungsorganisation Paraguayan Human Rights Coordinator äußerte sich besorgt über weit verbreitete Vergewaltigungen, sexuelle Belästigung und körperliche Misshandlung von Frauen in indigenen Gemeinschaften. Die Täter waren häufig männliche Mitglieder der Gemeinschaft, Arbeiter oder Angestellte benachbarter Farmen. Es gab auch glaubwürdige Berichte über Menschenhandel in indigenen Gemeinschaften (USDOS 23.4.2024).

Klima- und Umweltkatastrophen sowie Zwangsräumungen betrafen indigene Völker unverhältnismäßig stark (AI 29.4.2025; vgl. FH 2025).

Im Jahr 2022 wurden Afro-Paraguayer als erste und einzige ethnische Minderheit gesetzlich geschützt (USDOS 23.4.2024).

## Quellen:

- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 7.8.2025
- BS – Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report Paraguay, [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country\\_report\\_2024\\_PRY.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2024_PRY.pdf), Zugriff 12.8.2025
- FH – Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 17. Relevante Bevölkerungsgruppen

### 17.1. Frauen

Die Verfassung und die Gesetze garantierten Frauen denselben rechtlichen Status und dieselben Rechte wie Männern, aber es gab kein umfassendes Gesetz gegen Diskriminierung. Die Regierung ging Beschwerden über Diskriminierung nicht wirksam nach (USDOS 23.4.2024).

Es gab ein Gesetz, das speziell Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechts verbot, aber es wurde selten durchgesetzt (USDOS 23.4.2024).

Im März 2022 führte die Liberale Partei (PLRA) eine Gesetzesreform durch, mit der die Frauenquote von 33 % auf Parität und alternierende Besetzung aller Wahlämter, einschließlich nationaler, departementaler und kommunaler Ämter sowie innerparteilicher Ämter, umgestellt wurde. Im Jahr 2022 nahm die Senatskammer Änderungen an ihrer Geschäftsordnung zur Chancengleichheit vor und schrieb vor, dass in das Präsidium des Senats mindestens eine Frau in seinen insgesamt drei Positionen (ein Präsident und zwei Vizepräsidenten) zu berufen ist (BS 2024).

Der Frauenanteil im Kongress stieg nur geringfügig und liegt bei 29 von 125 Sitzen. Frauen gewannen unterdessen 2 von 17 Gouverneursposten in den Departements und 71 von 257 Sitzen in den Departementsräten (FH 2024).

Das Gesetz stellte Vergewaltigung von Frauen oder Männern unter Strafe, einschließlich Vergewaltigung in der Ehe, häuslicher oder durch Intimpartner begangener Vergewaltigung und anderer Formen häuslicher und sexueller Gewalt, einschließlich der sogenannten „korrigierenden Vergewaltigung“ von sexuellen Minderheiten, und sah für Verurteilungen wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren vor (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung erhob in der Regel Anklage gegen Personen, die der Vergewaltigung beschuldigt wurden, und verfolgte sie strafrechtlich. Staatsanwälte berichteten von Schwierigkeiten bei der Erlangung von Verurteilungen aufgrund der Zurückhaltung der Überlebenden, auszusagen oder

sich medizinischen Untersuchungen zu unterziehen. Aufgrund der langsamen Justiz erreichten Fälle oft die Verjährungsfrist, bevor es zu einer Verhandlung kam (USDOS 23.4.2024).

Nach Angaben des Ministeriums für Frauenangelegenheiten und Medienberichten war Vergewaltigung weiterhin ein bedeutendes und weit verbreitetes Problem, wobei viele Vergewaltigungen aufgrund sozialer Stigmatisierung, der Angst der Überlebenden vor Vergeltungsmaßnahmen und aufgrund von Untätigkeit wegen mangelnder Ausbildung der Strafverfolgungsbeamten nicht angezeigt wurden (USDOS 23.4.2024).

Obwohl das Gesetz häusliche Gewalt, einschließlich psychischer Misshandlung, unter Strafe stellte, war für eine Verurteilung der Nachweis erforderlich, dass die Misshandlung gewohnheitsmäßig erfolgte und der Täter und das Opfer „in einer Lebensgemeinschaft lebten“. Richter verhängten in der Regel Geldstrafen, in einigen Fällen jedoch auch Freiheitsstrafen, um das Opfer zu schützen. In einigen Fällen vermittelten die Gerichte, anstatt Fälle von häuslicher Gewalt vor Gericht zu bringen (USDOS 23.4.2024).

Laut Nichtregierungsorganisationen und dem Ministerium für Frauenangelegenheiten war häusliche Gewalt weit verbreitet (USDOS 23.4.2024).

Nach Angaben des Ministeriums für Frauenangelegenheiten und der Sonderabteilung für Menschenrechte der Staatsanwaltschaft wurden alle Polizeibeamten im Umgang mit Anzeigen wegen häuslicher Gewalt geschult. Jede Polizeibehörde auf Departementebene verfügte über eine vierköpfige Spezialeinheit, und in Asunción gab es drei vierköpfige Einheiten, die sich ausschließlich mit Fällen häuslicher Gewalt befassten (USDOS 23.4.2024).

Das Ministerium für Frauenangelegenheiten hat eine nationale 24-Stunden-Hotline für Opfer häuslicher Gewalt eingerichtet. Das Ministerium betreibt außerdem eine Schutzunterkunft und koordiniert Hilfsmaßnahmen für Opfer, öffentliche Aufklärungskampagnen und Schulungen. Die „Woman City“ des Ministeriums in Asunción, ein integriertes Dienstleistungszentrum für Frauen, konzentrierte sich auf die Prävention häuslicher Gewalt sowie auf reproduktive Gesundheit, wirtschaftliche Stärkung und Bildung (USDOS 23.4.2024).

Geschlechtsspezifische Gewalt war weiterhin weit verbreitet (AI 29.4.2025; vgl. FH 2025). Frauenmorde blieben ein ernstes Problem. Das Gesetz stellte Frauenmorde unter Strafe und sah für Verurteilte eine Freiheitsstrafe zwischen 10 und 30 Jahren vor. Die Behörden setzten das Gesetz im Allgemeinen durch und verfolgten Fälle von Frauenmorden strafrechtlich, doch die Straflosigkeit in diesen Fällen blieb hoch (USDOS 23.4.2024).

Es gab keine Berichte über Zwangsabtreibungen oder unfreiwillige Sterilisationen durch staatliche Behörden (USDOS 12.8.2025). Abtreibungen sind weiterhin illegal (FH 2024).

#### Quellen:

- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 7.8.2025
- BS – Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report Paraguay, [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country\\_report\\_2024\\_PRY.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2024_PRY.pdf), Zugriff 12.8.2025
- FH – Freedom House (2025): Freedom in the World 2025, <https://freedomhouse.org/country/paraguay/freedom-world/2025>, Zugriff 8.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

### 17.2. Kinder

Kinder leiden weiterhin unter einem hohen Maß an geschlechtsspezifischer Gewalt und sexuellem Missbrauch (FH 2024).

Das Gesetz verbot körperliche Misshandlung und sexuellen Missbrauch von Kindern. Die Strafen für Verurteilungen reichten von einem Jahr Gefängnis für körperliche Misshandlung bis zu vier bis 15 Jahren Gefängnis für sexuellen Missbrauch von Kindern. Die Regierung verfolgte Fälle von Kindesmissbrauch häufig strafrechtlich und verfügte über eine große, aber ineffektive Behörde zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch (USDOS 23.4.2024).

Die Zahl der Schwangerschaften bei Jugendlichen war weiterhin hoch, und Kinder, die Opfer von Vergewaltigungen geworden waren, wurden aufgrund eines fast vollständigen Abtreibungsverbots weiterhin gezwungen, ihre Schwangerschaften auszutragen (AI 29.4.2025).

Das Ministerium für Kinder und Jugendliche erhielt über seine Hotline für Kindesmissbrauch Meldungen über körperliche und psychische Misshandlung von Kindern (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung verfügte über keine speziellen Unterkünfte für Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs geworden waren. Die Opfer wurden in der Regel bei Verwandten untergebracht oder an allgemeine Jugendheime verwiesen. Es gab mehrere solcher Heime, darunter eines, das gemeinsam von der Regierung und einer römisch-katholischen Organisation betrieben wurde. In vielen Städten unterstützte der Gemeinderat für Kinderrechte missbrauchte und vernachlässigte Kinder (USDOS 23.4.2024).

Die Gesetze zur kommerziellen sexuellen Ausbeutung von Kindern entsprechen nicht den internationalen Standards, da die Ausbeutung von Kindern in der Prostitution nicht unter Strafe gestellt ist (USDOL 5.9.2024).

Das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung lag bei 18 Jahren, aber das Gesetz erlaubte die Eheschließung von Personen im Alter von 16 bis 17 Jahren mit Zustimmung der Eltern



(USDOS 12.8.2025). Für Personen unter 16 Jahren war die Eheschließung nur mit gerichtlicher Genehmigung und unter außergewöhnlichen Umständen zulässig (USDOS 23.4.2024). Die Regierung setzte das Gesetz im Allgemeinen durch (USDOS 12.8.2025).

Das Gesetz verbot den Verkauf, die Anwerbung oder die Nutzung von Kindern zum Zwecke der kommerziellen sexuellen Ausbeutung, einschließlich Sexhandel, Kinderpornografie oder anderer Formen der sexuellen Ausbeutung und des Missbrauchs von Kindern im Internet (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz sah eine Freiheitsstrafe von acht Jahren für Personen vor, die wegen Zuhälterei oder Vermittlung von Überlebenden sexueller Ausbeutung unter 17 Jahren verurteilt wurden. Die Regierung setzte das Gesetz im Allgemeinen durch (USDOS 23.4.2024).

Das Mindestalter für die Einwilligung in sexuelle Handlungen lag bei 14 Jahren für Verheiratete und bei 16 Jahren für Unverheiratete (USDOS 23.4.2024).

Im Jahr 2023 erzielte Paraguay moderate Fortschritte bei der Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und soziale Sicherheit begann mit der Aktualisierung, Vereinfachung und Digitalisierung des gesamten Inspektionssystems, und die Nationale Kommission zur Verhütung und Beseitigung von Kinderarbeit und zum Schutz jugendlicher Arbeitnehmer schuf zwei neue Abteilungsausschüsse zur Beseitigung von Kinderarbeit (USDOL 5.9.2024).

Kinder aus ländlichen und indigenen Gemeinschaften haben jedoch Schwierigkeiten, Zugang zu Bildung zu erhalten und diese abzuschließen, wodurch sie anfälliger für Kinderarbeit sind. Sie haben aufgrund fehlender Transportmöglichkeiten, unzureichender Einrichtungen und Personalausstattung, fehlender Ausweispapiere und kaum vorhandener Internetverbindungen Schwierigkeiten, eine Schule zu besuchen und ihre Ausbildung abzuschließen. Eine 2019 vom Koordinator für die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Paraguay veröffentlichte Studie schätzt, dass die Hälfte aller Kinder in indigenen Gemeinschaften keine Schule besucht (USDOL 5.9.2024).

Die Schulpflicht beginnt mit 6 Jahren (laenderdaten.info 7.2025 Bildung).

Kinder in Paraguay sind bis zum Alter von 17 Jahren zum Schulbesuch verpflichtet. Diese Regelung macht 17-Jährige anfällig für Kinderarbeit, da sie zwar nicht zur Schule gehen müssen, aber auch nicht gesetzlich berechtigt sind, ohne Einschränkungen hinsichtlich der Arbeitszeiten und -stunden zu arbeiten (USDOL 5.9.2024).

Sozialprogrammen fehlen zudem die finanziellen Mittel und die Reichweite, um Kinderarbeit in ländlichen Gebieten zu bekämpfen (USDOL 5.9.2024).

Es gibt immer wieder Berichte über Zwangsarbeit. Die anhaltende illegale Praxis des „*criadazgo*“ – einer vorübergehenden Adoption, bei der Kinder ohne Bezahlung für andere Familien arbeiten -

schränkt Kinder erheblich ein (FH 2024). Viele Familien betrachten „criadazgo“, ein System, bei dem Familien der Mittel- und Oberschicht kleine Kinder informell als Hausangestellte beschäftigen und beherbergen, als Möglichkeit, Bildungschancen zu erschließen, da die Bildungsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten schlecht sind. Nach Angaben von Berichten der Zivilgesellschaft arbeiten etwa 47.000 Kinder, überwiegend Mädchen, als Hausangestellte im Rahmen des „criadazgo“-Systems, in dem sie in Privathaushalten einer Ausbeutung ausgesetzt sind (USDOL 5.9.2024).

#### Quellen:

- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 7.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- laenderdaten.info (7.2025): Amerika, Paraguay, Bildung, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/bildung.php>, Zugriff 12.8.2025
- USDOL – US Department of Labor [USA] (5.9.2024): 2023 Findings on the Worst Forms of Child Labor: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2116148.html>, Zugriff 7.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

### **17.3. Sexuelle Minderheiten**

Das Gesetz stellte einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen, Cross-Dressing oder andere sexuelle oder geschlechtsbezogene Verhaltensweisen nicht unter Strafe (USDOS 23.4.2024; vgl. BMEIA 13.8.2025b).

Das Gesetz verbot weder ausdrücklich Diskriminierung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder des Geschlechtsausdrucks oder der Geschlechtsmerkmale, noch erkannte es LGBTQI+-Paare an (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 2024).

Obwohl die Polizei oder andere Regierungsbeamte keine Gewalt angestiftet oder ausgeübt haben, gaben LGBTQI+-Aktivisten an, dass Opfer von Gewalttaten diese aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen oder mangelndem Vertrauen in die Justiz, ihre Fälle ernst zu nehmen, nur selten den Behörden meldeten (USDOS 23.4.2024).

Nach Angaben der Zivilgesellschaft war die Gewalt gegen Transgender-Personen im ganzen Land weiterhin hoch und wurde in der Regel vertraulich gemeldet (USDOS 23.4.2024).

LGBTQI+-Rechte-NGOs meldeten im Laufe des Jahres eine Zunahme hasserfüllter oder bedrohlicher Äußerungen, die viele Aktivisten davon abhielten, sich öffentlich für LGBTQI+-Rechte einzusetzen (USDOS 23.4.2024).



Das Gesetz stellte Vergewaltigung von Frauen oder Männern unter Strafe, einschließlich Vergewaltigung in der Ehe, häuslicher oder durch Intimpartner begangener Vergewaltigung und anderer Formen häuslicher und sexueller Gewalt, einschließlich der sogenannten „korrigierenden Vergewaltigung“ sexueller Minderheiten, und sah für Verurteilungen wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren vor (USDOS 23.4.2024).

Es gab keine gesetzlichen Beschränkungen für die öffentliche Diskussion von LGBTQI+-Themen oder für die Möglichkeit von LGBTQI+-Organisationen, sich legal registrieren zu lassen oder Veranstaltungen abzuhalten. Dennoch wurden viele, die sich öffentlich äußerten oder an solchen Veranstaltungen teilnahmen, mit hasserfüllten oder anderweitig einschüchternden Reaktionen konfrontiert, insbesondere auf Social-Media-Plattformen (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz sah keine Möglichkeit für Personen vor, ihren Geburtsnamen zu ändern, da dies „Verwirrung über das Geschlecht der Person“ und ihre Geschlechtsidentität stiften könnte. Infolgedessen erhielten Transgender-Personen keine rechtlichen und behördlichen Ausweispapiere, die ihrer Geschlechtsidentität entsprachen. LGBTQI+-Rechteaktivisten berichteten, dass das Fehlen korrekter Dokumente Transgender-Personen den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen erschwerte oder sogar verwehrte (USDOS 23.4.2024).

Es gab keine Berichte über Konversionstherapien (USDOS 23.4.2024).

#### Quellen:

- BMEIA – BM für europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (13.8.2025b): Paraguay, Besondere Bestimmungen, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/paraguay>, Zugriff 13.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## **18. Bewegungsfreiheit**

Das Gesetz sah die Freiheit von innerstaatlichen Reisen, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückkehr vor, und die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024), allerdings kann die Präsenz krimineller Gruppen in einigen Gebieten von Reisen abhalten (FH 2024).

#### Quellen:

- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025

## 19. IDPs und Flüchtlinge

Die Regierung arbeitete mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderen humanitären Organisationen zusammen, um Flüchtlingen, zurückkehrenden Flüchtlingen oder Asylsuchenden sowie anderen schutzbedürftigen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren (USDOS 12.8.2025).

Das Gesetz sah die Gewährung von Asyl oder Flüchtlingsstatus vor, und die Regierung verfügte über ein System zum Schutz von Flüchtlingen (USDOS 12.8.2025). Die Regierung leistete keine Hilfe bei der sicheren und freiwilligen Rückkehr derjenigen, denen kein Flüchtlingsstatus gewährt wurde, in ihre Heimatländer; sie stützte sich dabei auf die Hilfe des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, um solche Rückführungen zu erleichtern (USDOS 12.8.2025).

Personen, deren Asylantrag oder Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft abgelehnt wurde, können andere Migrationsoptionen in Betracht ziehen, darunter die Erlangung einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung in dem Land (USDOS 12.8.2025).

### Quellen:

- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025

## 20. Grundversorgung und Wirtschaft

Die größten Wirtschaftszweige sind Zuckerverarbeitung, Zement, Textilien, Getränke, Holzprodukte, Stahl, unedle Metalle und Stromerzeugung (laenderdaten.info 8.2025 Wirtschaft; vgl. CIA 6.8.2025).

Paraguay zählt zu den weltweit größten Exporteuren von Sojabohnen, Rindfleisch, Getreide und Wasserkraft. Hochwertigere Maschinen, Produktionsmittel und Konsumgüter werden größtenteils importiert (WKO 6.2024).

Obwohl es nur wenige formelle Beschränkungen für Geschäftstätigkeit und Eigentumsrechte gibt, bleiben Landstreitigkeiten, die oft mit der historischen widerrechtlichen Aneignung von öffentlichem und indigenem Land zusammenhängen, ein Problem (FH 2024).

Die Arbeitslosenquote betrug 2024 6,1 % (WKO 4.2025; vgl. laenderdaten.info 8.2025 index).

Die Inflationsrate betrug 2024 3,8 % (WKO 4.2025; vgl. laenderdaten.info 8.2025 index).

Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt in Paraguay 484 Euro pro Kopf (laenderdaten.info 8.2025 Wirtschaft).

Das Gesetz sah keinen nationalen Mindestlohn für alle Wirtschaftssektoren vor, aber es galt ein Standard-Mindestlohn für die meisten Sektoren, wobei für bestimmte Sektoren, wie beispielsweise

die Viehzucht, zusätzliche Mindestlöhne festgelegt waren. Die Mindestlöhne für alle Sektoren lagen über der offiziellen Schätzung der Armutsgrenze (USDOS 12.8.2025).

Das Gesetz sah eine Höchstarbeitszeit von acht Stunden pro Tag vor. Das Gesetz legte eine gesetzliche Standardarbeitswoche von 48 Stunden fest und verpflichtete Arbeitgeber, für Überstunden je nach Tageszeit und Wochentag höhere Löhne zu zahlen (USDOS 12.8.2025).

Das Arbeitsministerium setzte seine Kampagnen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer fort, um die Öffentlichkeit für Arbeitsgesetze und Arbeitnehmerrechte zu sensibilisieren. Mutmaßliche Verstöße gegen Lohn-, Arbeitszeit- oder Überstundengesetze waren in der Viehzucht, der Textilindustrie und bei Hausangestellten weit verbreitet (USDOS 12.8.2025).

Das Gesetz verbot ausdrücklich Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Religion, politischer Meinung, Behinderung, HIV-Positivität oder sozialer Herkunft (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung hat angemessene Arbeitsschutzstandards festgelegt, die Sicherheits-, Hygiene- und Komfortbedingungen vorschreiben. Diese Standards waren aktuell und für die Leichtindustrie und das Baugewerbe angemessen, wurden jedoch selten angewendet. Arbeitnehmer konnten sich nicht aus unsicheren Arbeitsbedingungen befreien, ohne ihren Arbeitsplatz zu gefährden. Verstöße waren in den Bereichen Baugewerbe, Textilindustrie und Bergbau weit verbreitet (USDOS 12.8.2025).

Das Arbeitsministerium war für die Durchsetzung der Lohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften zuständig. Die Inspektoren waren befugt, unangekündigte Kontrollen durchzuführen und Sanktionen zu verhängen (USDOS 12.8.2025).

17,2 % der Bevölkerung lebten in multidimensionaler Armut, was sich auf ihre Rechte auf Arbeit, soziale Sicherheit, angemessenen Wohnraum, Gesundheit, eine gesunde Umwelt und Bildung auswirkte. Darüber hinaus lebten 22,7 % unterhalb der monetären Armutsgrenze und 4,9 % unterhalb der extremen Armutsgrenze, was ihre Rechte auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard beeinträchtigte. Im Jahr 2024 verdienten die reichsten 10 % der Bevölkerung fast 20-mal mehr als die ärmsten 10 % (AI 29.4.2025).

Im Jahr 2020 lag die Alphabetisierungsrate bei 98,6 % für Männer und 98,7 % für Frauen. Der Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Sekundarschulabschluss liegt bei 71,8 % für Frauen und 68,2 % für Männer. Der Geschlechterparitätsindex (GPI) für die Einschulungsquote zeigt eine Parität in der Primar- und Sekundarschulbildung, mit einer leichten Überrepräsentation von Frauen (1,3) in der Hochschulbildung (BS 2024).

Der Anteil an der Gesamtbevölkerung in Paraguay, der Zugang zu einer sanitären Grundversorgung hat, wird im Jahr 2025 voraussichtlich 95,96 % betragen. Der Anteil an der

Gesamtbevölkerung in Paraguay, der Zugang zu Elektrizität hat, wird im Jahr 2025 voraussichtlich 100,00 % betragen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung in Paraguay, der Zugang zu einer grundlegenden Trinkwasserversorgung hat, wird im Jahr 2025 voraussichtlich 99,94 % betragen (statista 5.2025).

Paraguay kann sich vollständig selbst mit Energie versorgen. Die Gesamtproduktion aller Anlagen zur Elektrizitätsgewinnung liegt bei 298 % des Eigenbedarfs. Den Rest des selbst erzeugten Stroms exportiert Paraguay in andere Länder oder nutzt ihn nicht (laenderdaten.info 7.2025 Energiehaushalt).

#### Quellen:

- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 7.8.2025
- BS – Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report Paraguay, [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country\\_report\\_2024\\_PRY.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2024_PRY.pdf), Zugriff 12.8.2025
- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (6.8.2025): The World Factbook, Paraguay, Economy, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/paraguay/#economy>, Zugriff 12.8.2025
- FH – Freedom House (2024): Freedom in the World 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2115548.html>, Zugriff 8.8.2025
- laenderdaten.info (8.2025): Amerika, Paraguay, Index, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/index.php>, Zugriff 12.8.2025
- laenderdaten.info (8.2025): Amerika, Paraguay, Wirtschaft, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/wirtschaft.php>, Zugriff 12.8.2025
- laenderdaten.info (8.2025): Amerika, Paraguay, Gesundheit, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/gesundheit.php>, Zugriff 12.8.2025
- laenderdaten.info (7.2025): Amerika, Paraguay, Energiehaushalt, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/energiehaushalt.php>, Zugriff 12.8.2025
- statista (5.2025): Infrastrukturindikatoren Paraguay, <https://de.statista.com/outlook/co/infrastrukturindikatoren/paraguay>, Zugriff 13.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (4.2025): Länderprofil Paraguay, [https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-paraguay.pdf?\\_gl=1\\*1cc79se\\*\\_gcl\\_au\\*MTAzODYyODMzMS4xNzU0OTgzMjQ1\\*\\_ga\\*NTMyODIxODczLjE3NTQ5ODMyNDU.\\*\\_ga\\_TJBEG291F0\\*cZ3NTQ5ODMyNDIkBzEkZzEkdDE3NTQ5ODMyNDIkajYwJGwwJGg0MTg5NjE0MDc](https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-paraguay.pdf?_gl=1*1cc79se*_gcl_au*MTAzODYyODMzMS4xNzU0OTgzMjQ1*_ga*NTMyODIxODczLjE3NTQ5ODMyNDU.*_ga_TJBEG291F0*cZ3NTQ5ODMyNDIkBzEkZzEkdDE3NTQ5ODMyNDIkajYwJGwwJGg0MTg5NjE0MDc), Zugriff 12.8.2025
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (6.2024): Außenwirtschaft, Wirtschaftsbericht Paraguay, <https://www.wko.at/oe/aussenwirtschaft/paraguay-wirtschaftsbericht.pdf>, Zugriff 12.8.2025

### **20.1. Sozialbeihilfen**

Die sozialen Sicherheitsnetze in Paraguay sind je nach Region, Gesellschaftsschicht und Sektor stark fragmentiert (BS 2024).

Das Sozialschutzsystem Paraguays ist in die Bereiche beitragsabhängige Sozialversicherung und Sozialhilfe unterteilt. Seit 2018 ist das Ministerium für soziale Entwicklung für die Umsetzung der

Sozialpolitik und die Koordinierung der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen zuständig (BS 2024).

Das Pensionssystem ist nach dem Umlageverfahren organisiert (BS 2024).

Das beitragsfinanzierte Sozialversicherungssystem gilt nur für Arbeitnehmer im formellen Sektor (BS 2024).

Im Jahr 2010 wurde das Programm „Adultos Mayores“ eingeführt, um ältere Menschen (ab 65 Jahren) in extremer Armut mit Zuschüssen zu unterstützen (BS 2024).

Als Reaktion auf die Pandemie startete die Regierung zwei sich ergänzende Programme, Ñangareko und Pytyvõ. Ñangareko begann als Programm zur Lebensmittelsicherheit, wurde jedoch rasch umgestaltet, um Familien, deren Einkommen aus Subsistenzaktivitäten oder von den von sozialen Distanzierungsmaßnahmen der Pandemie stark betroffenen Tätigkeiten stammte, Geldtransfers zu gewähren. Das Pytyvõ-Programm richtete sich an informell Beschäftigte und bestand aus vorübergehender finanzieller Unterstützung. Diese Sozialprogramme milderten wirksam den Einkommensrückgang der Empfänger und die prekäre Beschäftigungslage während der Pandemie (BS 2024).

#### Quellen:

- BS – Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report Paraguay, [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country\\_report\\_2024\\_PRY.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2024_PRY.pdf), Zugriff 12.8.2025

## **21. Medizinische Versorgung**

Das Angebot zur Gesundheits- und Notfallversorgung ist - mit Ausnahme der Hauptstadt Asunción - insbesondere in vielen ländlichen Gebieten unzureichend, in der Regel nicht mit europäischen technischen und hygienischen Standards vergleichbar (AA 13.8.2025; vgl. laenderdaten.info 8.2025 Gesundheit, BMEIA 13.8.2025a, EDA 13.8.2025).

Die Regierung stellte dem öffentlichen Gesundheitswesen unzureichende Mittel zur Verfügung und untergrub damit das Recht auf Gesundheit, insbesondere für diskriminierte Gruppen wie indigene Völker und Transgender-Frauen (AI 29.4.2025).

Die Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen beliefen sich auf 4 % des BIP und lagen damit unter den von der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation empfohlenen 6 % für eine flächendeckende Versorgung. Die Regierung versäumte es die medizinische Primärversorgung zu stärken, sodass Familien 38,4 % der gesamten Gesundheitskosten aus eigenen Mitteln bestreiten mussten (AI 29.4.2025).

Das paraguayische Gesundheitssystem besteht aus öffentlichen, privaten und gemischten Sektoren. Es ist unkoordiniert und fragmentiert und weist unterschiedliche Finanzierungs-

Regulierungs-, Registrierungs- und Leistungserbringungsmodalitäten auf. Die territoriale Abdeckung ist ungleichmäßig. Das Gesundheitsministerium und das Institut für Soziales (IPS) sind die wichtigsten Gesundheitseinrichtungen in Paraguay und decken zusammen etwa 95 % der Bevölkerung ab (BS 2024).

Die Mehrheit der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung und wird vom Gesundheitsministerium versorgt (BS 2024).

#### Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt [Deutschland] (13.8.2025): Paraguay: Reise- und Sicherheitshinweise, Medizinische Versorgung, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/paraguay-node/paraguaysicherheit-224964>, Zugriff 13.8.2025
- AI – Amnesty International (29.4.2025): The State of the World's Human Rights; Paraguay 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124661.html>, Zugriff 7.8.2025
- BMEIA – BM für europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (13.8.2025): Paraguay, Gesundheit, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/paraguay>, Zugriff 13.8.2025
- BS – Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report Paraguay, [https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country\\_report\\_2024\\_PRY.pdf](https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2024_PRY.pdf), Zugriff 12.8.2025
- EDA – Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (13.8.2025): Reisehinweise für Paraguay, Medizinische Versorgung, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/paraguay/reisehinweise-fuerparaguay.html#eda896ae6>, Zugriff 13.8.2025
- laenderdaten.info (8.2025): Amerika, Paraguay, Gesundheit, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Paraguay/gesundheit.php>, Zugriff 12.8.2025

## **22. Rückkehr**

Das Gesetz sah die Freiheit von Auslandsreisen, Auswanderung und Rückkehr vor, und die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung arbeitete mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderen humanitären Organisationen zusammen, um Flüchtlingen, zurückkehrenden Flüchtlingen oder Asylsuchenden sowie anderen schutzbedürftigen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren (USDOS 12.8.2025).

Die BBU GmbH bietet österreichweit Rückkehrberatung für ausreisewillige sowie ausreisepflichtige Fremde an. Zu den Aufgaben der Rückkehrberatung zählt:

- Beratung über die Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise
- Abklärung der Kostenübernahme bei mittellosen Fremden
- Organisation der Ausreise (z.B. Flugbuchungen, Heimreisedokumente)
- Unterstützung vor der Ausreise (z.B. Transfer zum und Begleitung am Flughafen)
- Vermittlung an Reintegrationsprojekte im Herkunftsland
- Kontakt nach der Rückkehr (BBU 2025).

#### Quellen:

- BBU GmbH – Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (2025): Rückkehrberatung und Rückkehrhilfe, <https://www.bbu.gv.at/was-wir-tun#rueckkehrberatung>, Zugriff 12.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128452.html>, Zugriff 14.8.2025
- USDOS – US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Paraguay, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107755.html>, Zugriff 7.8.2025